

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badener Tagblatt. 1896-1948 1947

101 (19.12.1947)

BADENNER TAGBLATT

Zeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur

NR. 101

A. B. 1. B. 2. C

FREITAG, 19 DEZEMBER 1947

B. B. O. W. L. E.

PREIS 20 PFENNIG

Nach dem Mißerfolg in London eine Konferenz der Drei

Gegensätze zwischen der amerikanischen und russischen Auffassung unüberbrückbar — Marshall und Molotow bereits abgereist — Sachverständigen-Konferenz der Westmächte in Washington

LONDON — Nachdem die Londoner Konferenz am Samstag eine Pause eingelegt hatte, kam es in der Montag-Sitzung zu der erwarteten Auseinandersetzung zwischen dem von Molotow formulierten Standpunkt Rußlands in der Reparationsfrage und dem amerikanischen Plan, Reparationen aus der laufenden deutschen Produktion unter keinen Umständen zuzulassen. Dabei erklärte Staatssekretär Marshall, daß er die russische Forderung nach einer Erhöhung der deutschen Produktion auf 70 vH des Niveaus von 1938 und einer damit verbundenen 10prozentigen Reparationsabgabe als unannehmbar ansehe. Die USA sähen keine Möglichkeit mehr, über diese Frage weiter zu verhandeln, und er rege aus diesem Grunde an, eine Vertagung der Sitzung zu beschließen. Die Außenminister Bidault und Bevin schlossen sich nach Abgabe längerer grundsätzlicher Erklärungen dem amerikanischen Standpunkt an. Neue Vorschläge über die Festsetzung des Zeitpunktes und des Ortes für eine nächste Sitzung wurden nicht gemacht.

Die letzte Sitzung der Vierer-Konferenz stand unter dem Vorsitz Bevins und dauerte fast vier Stunden. Zu Beginn der Sitzung schlug Molotow vor, der Viererrat solle den Antrag des „deutschen Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden“, von dem Vier gehört zu werden, prüfen. Marshall, unterstützt von Bevin und Bidault, wandte sich gegen diesen Vorschlag mit der Begründung, daß dieser Organismus nicht als Vertretung des ganzen deutschen Volkes angesehen werden könne und daß der Antrag andererseits nicht auf der Tagesordnung der Konferenz stehe.

Nach diesem kurzen Intermezzo wandte sich die Diskussion von neuem der Reparationsfrage zu. Staatssekretär Marshall erklärte als erster, daß die von der sowjetischen Delegation am Freitag vorgelegte Erklärung für die USA unannehmbar sei.

Molotow führte anschließend aus, er habe am 12. Dezember nachgewiesen, daß Westdeutschland bisher auf Reparationskonto nicht mehr als 33 Millionen Dollar geliefert habe, eine Zahl, die niemals bestritten worden sei. Die sowjetische Delegation hätte gleichzeitig aufgezeigt, daß es auch andere Reparationsquellen gäbe, vor allem die Entnahme aus der laufenden Produktion, und daß diese Art von Reparationen der deutschen Wirtschaft nicht schaden könne.

Bevin betonte, daß die gegen die britische Regierung vorgebrachten Anschuldigungen, nach denen sie sich deutschen Besitz oder Beteiligung an deutschem Besitz verschaffen wolle, aus der Luft gegriffen seien. Der britische Außenminister versuchte anschließend, eine Bilanz des bisherigen Konferenzverlaufs zu ziehen. Er stellte fest, daß keine grundsätzliche Frage geregelt worden sei, da die Sowjetunion darauf bestanden habe, daß die Reparationsfrage den Vorrang erhalten müsse und daß vor ihr kein anderes Problem behandelt werden dürfe.

Anschließend griff Marshall wieder in die De-

batte ein. Er versicherte, daß die Behauptungen Molotows zur Reparationsfrage und die Anschuldigungen gegen die Vereinigten Staaten unbegründet seien. Auch Marshall zog seinerseits die Bilanz der Konferenz in Bezug auf Deutschland ging er auf die Frage der Grenzen ein. Was die Saar betrifft, so hätten sich auch hier drei von vier Staaten geeinigt, wogegen die UdSSR allein sich einem Abkommen widersetzt habe. Es sei ferner in Potsdam beschlossen worden, daß die deutsch-polnische

Molotow steht den Westmächten gegenüber

Nach Marshall griff Molotow wieder in die Diskussion ein. Er stellte fest, daß Marshall und Bevin schuld seien, wenn die Arbeiten des Viererrats wieder in eine falsche Richtung gelenkt worden seien, da sie Fragen aufgeworfen hätten, die nicht auf der Tagesordnung stehen und es andererseits vermeiden hätten, auf die sowjetischen Fragen zum Reparationsproblem einzugehen. Weiterhin stellte er fest, daß der französische Delegierte durch sein Schweigen gezeigt habe, daß eine gemeinsame Front der drei Westmächte bestehe.

Den von Marshall vorgebrachten Vorschlag auf Vertagung der Konferenz legte Molotow als einen Wunsch aus, freie Hände zu einseitigem Handeln zu haben, wie es die Vereinigten Staaten bereits machen und wie die bisher getroffenen Maßnahmen beweisen. Molotow erklärte außerdem, daß der Ministerrat nicht wirkungsvoll arbeiten könne, da die sowjetische Delegation in Opposition zu den drei anderen steht und es ablehnt, die Entscheidung anzunehmen, die man ihm auferlegen will und die nach Ansicht Molotows nicht dem Interesse einer wahrhaften Demokratie entspricht.

Anschließend fragte Bevin als Präsident der Sitzung, ob Molotow zum amerikanischen Vertagungsvorschlag noch Bemerkungen zu machen habe. „Keine Bemerkung“, antwortete Molotow. Bevin führte

Grenze eine vorläufige sein solle, die erst im Friedensvertrag endgültig festzulegen sei. Die sowjetische Delegation aber habe sich der Schaffung einer Grenzkommission widersetzt, weshalb der Viererrat immer noch nicht darüber im klaren sei, welches nun die wirklichen Grenzen Deutschlands seien.

Eine deutsche Zentralregierung, die durch vier in grundsätzlichen Fragen uneinige Mächte kontrolliert würde, wäre zwangsläufig ohne jede Autorität. Drei von vier Delegationen hätten sich beiderseitig zweckmäßige Beschlüsse zu fassen. Eine hätte sich geweigert. Marshall kam zu dem Schluß, daß es unter diesen Bedingungen zwecklos sei, die Diskussion, sei es über die Reparationsfrage oder über die anderen Punkte der Tagesordnung, fortzusetzen. Der amerikanische Delegierte rege aus diesem Grunde an, der Viererrat möge eine Vertagung der Sitzung beschließen.

aus, daß gemäß den Regeln des Rates die Einstimmigkeit für die Vertagungserklärung notwendig ist. „Wenn wir diese Einstimmigkeit nicht erzielen, sitzen wir hier bis in alle Ewigkeit. Ich frage Sie also erneut, ob Sie irgendwelche Bemerkungen oder Einwände vorzubringen haben.“ „Weder Bemerkungen noch Einwände“, antwortete Molotow.

Bevin fragte dann, ob jemand Vorschläge über die Festsetzung des Zeitpunktes und des Ortes für die nächste Sitzung zu machen habe. Da kein Delegierter das Wort verlangt hatte, wurde die Sitzung aufgehoben, nachdem Bevin die Hoffnung zum Ausdruck gebracht hatte, daß die Atmosphäre bei der nächsten Sitzung des Ministerrates besser sein werde.

Neue de Gasperi-Regierung

Saragat beteiligt sich an der Koalition mit den christlichen Demokraten

ROM — Der italienische Ministerpräsident de Gasperi hat eine neue Regierung gebildet, die folgende Zusammensetzung aufweist: Ministerpräsident: Alcide de Gasperi (christl. Demokrat), Vize-Ministerpräsident: Randolfo Pacciardi (Republikaner) und Giuseppe Saragat (Minderheitssozialist), Außenminister: Graf Carlo Sforza (Unabhängiger), Innenminister: Mario Seelba (christlicher Demokrat), Justizminister: Giuseppe Grassi (christlicher Demokrat), Unterrichtsminister: Guido Gonella (christl. Demokrat); Minister für Öffentliche Arbeiten: Umberto Tupini (christl. Demokrat).

Ministerpräsidenten-Treffen in Frankfurt

MÜNCHEN — Als Termin für eine Konferenz der Ministerpräsidenten der Doppelzone mit General Clay und General Robertson vermutete ein Sprecher der bayerischen Staatskanzlei den 20. Dezember. Eine Einladung zu dem in Frankfurt vorgesehenen Zusammen-treffen erging nach einer Mitteilung der Staatskanzlei dieser Tage auch an die bayerische Staatsregierung.

CDU-Krise noch nicht geklärt

BERLIN — Als „Vorgefecht“ bezeichnete Professor Hickmann, der Landesvorsitzende der CDU Sachsens, die Besprechung der CDU-Landesver-

Soforthilfe genehmigt

WASHINGTON — Nach der Zustimmung des Senats hat nun auch das Repräsentantenhaus in Übereinstimmung mit den Empfehlungen der Kreditkommission den Gesetzentwurf zur Soforthilfe gebilligt. Das Repräsentantenhaus hat den Gesamtbetrag für die Soforthilfe auf 509 Millionen Dollar für Frankreich, Italien und Österreich fixiert. Die vorgeschlagene Summe belief sich auf 597 Millionen Dollar. Die Hilfe für China ist aus dem Gesetzentwurf völlig gestrichen. Der vom Repräsentantenhaus gebilligte Gesetzentwurf sieht ferner einen Betrag in Höhe von 230 Millionen Dollar zur Deckung der Ausgaben der amerikanischen Besatzungstreitkräfte in Deutschland, in Österreich, in Japan und in Korea vor. Die amerikanische Regierung hatte zu diesem Zweck 490 Millionen Dollar beantragt.

Einigung über Finanzierung der Bizone

WASHINGTON — Das britisch-amerikanische Abkommen über die Finanzierung der Bizone wurde am Mittwoch abend im Staatsdepartement vom stellvertretenden Staatssekretär, Robert Lowett, für die Vereinigten Staaten und vom politischen Berater des britischen Oberbefehlshaber in Deutschland, Sir William Strang, für Großbritannien unterzeichnet.

Das Abkommen sieht als wichtigsten Punkt vor, daß Großbritannien die für Deutschland bestimmte Einfuhr nicht in Dollar bezahlen muß, jedoch die Bezahlung der aus der Sterling-Zone stammende Einfuhr zu regeln hat. Damit spart Großbritannien im Jahre 1948 256 Millionen Dollar ein.

Pieck bekennt sich zur Kominform

BERLIN — Der Vorsitzende der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Wilhelm Pieck, erklärte dem Vertreter der Agentur INS in einem Interview: „Die Sozialistische Einheitspartei gehört zwar nicht dem Kominform an, sie verfolgt aber die gleichen politischen und ideologischen Ziele. Pieck versicherte außerdem dem amerikanischen Korrespondenten, daß er die Gefahr der Agitation amerikanischer Kapitalisten und Staatsmänner auf die Sowjetunion nicht überschätze, aber er vergesse nicht, daß auch Hitler mit einem Propagandafeldzug gegen die Sowjetunion und den Kommunismus begonnen habe, um Deutschland schließlich doch im Namen der deutschen Kapitalisten in den Krieg zu treiben.“

Weitere Erleichterungen im Postverkehr

BADEN-BADEN — Ab 1. Januar sind folgende Sendungen im internationalen Postverkehr zugelassen:
1. 1 Kilopäckchen unter den in der internationalen Postkonvention festgelegten Bedingungen und der deutschen Post.
2. Einschreibsendungen, Empfangsbestätigungen und postlagernde Sendungen. Eilige Sendungen werden im Rahmen der Sonderbestimmungen der deutschen Postämter angenommen.
3. Empfangsbestätigungen für die Liebesgabenpakete, die nach Deutschland versandt werden. Nähere Auskünfte über diese neuen Bestimmungen für den internationalen Postverkehr erteilen die deutschen Postämter.
Demnächst ist außerdem die Wiederaufnahme der internationalen Postpaket-Verkehrs beabsichtigt. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß in der Zeit vom 15. 12. 47 bis 5. 1. 48 keine Päckchen und Pakete an deutsche Kriegsgefangene in Frankreich angenommen werden.

Distanzierung und Zurückhaltung

Deutsche Politiker haben keine Pläne für einen westdeutschen Staat

HANNOVER — „Die Bildung eines westdeutschen Staates nach dem Scheitern der Londoner Konferenz wird von dem Willen und der Entscheidung der Alliierten abhängen“, erklärte der erste Vorsitzende der SPD, Dr. Kurt Schumacher.

FRANKFURT — Der CDU-Vorsitzende der britischen Zone, Dr. Konrad Adenauer, betonte, daß es jetzt Sache der amerikanischen und englischen Regierung sei, Maßnahmen zu treffen, um den weiteren wirtschaftlichen und politischen Zerfall Deutschlands aufzuhalten. Er hoffe, daß die zuständigen alliierten Stellen rechtzeitig deutsche Vertreter vor ihrer Entscheidung hören werden. Mit Verfassungsfragen der Westzonen oder ähnlichen Erwägungen an die Öffentlichkeit zu treten, erscheint Dr. Adenauer zum gegenwärtigen Zeitpunkt verfrüht. Der Finanzausschuß des Wirtschaftsrates in Frankfurt stellte in einer Erklärung fest, daß alle bisher in der Presse veröffentlichten Nachrichten über den Inhalt deutscher Pläne zu einer Währungsreform der sachlichen Grundlage entbehren. Das Sekretariat der SPD-Fraktion im Wirtschaftsrat erklärte, daß im Hauptausschuß des Wirtschaftsrates keinerlei Verhandlungen über einen Plan zur Bildung eines westdeutschen Staates geführt worden seien, noch beabsichtige man, dies zu tun.

MÜNCHEN — Der bayerische Ministerpräsident Dr. Ehard bezeichnet „das Weiterschleppen des ungewissen Zustandes“ als „eine neue, besonders schwere Belastungsprobe für Deutschland“. Dr. Ehard erklärte wörtlich: „Mit tiefer Sorge blickt das deutsche Volk nach dem östlichen Teil Deutschlands, dessen organische Verbindung mit dem west-

lichen Teil allein eine Lösung der deutschen und der europäischen Frage verspricht, die Bestand haben soll.“

BERLIN — Wie ADN von maßgeblicher Stelle des Zentralsekretariats der SED erfährt, wird die SED alle deutschen Parteien auffordern, jede Maßnahme zu verhindern, die einer weiteren Zerreißung Deutschlands dient. Zur Konferenz der Ministerpräsidenten der Westzonen am 20. Dezember haben die Vorsitzenden der SED, Pieck und Gröte, w o h l, ein Telegramm an die SPD Hannover, CDU Köln, CSU München, KPD Herne, das Zentrum Essen und die Frei Demokratische Partei Essen-Bredeneu gerichtet, in dem es heißt, daß eine Zerreißung Deutschlands eine schwere Schädigung des deutschen Volkes bedeute, und in dem gebeten wird, jeden Versuch zur Spaltung Deutschlands abzulehnen.

SPD und CDU dementieren

HANNOVER — „Die Meldung einer ausländischen Nachrichten-Agentur, die SPD beabsichtige Verhandlungen mit der CDU über die Vorbereitung eines Weststaates oder einer Weststaatverfassung, ist in jeder Beziehung unrichtig. Die sozialdemokratische Partei Deutschlands ist an keinen Verhandlungen beteiligt.“ Mit diesen Worten dementiert der SPD-Parteivorstand Hannover eine entsprechende Meldung, die über den Rundfunk der amerikanischen Armee in Europa verbreitet wurde.

KÖLN — Auch die Zonenleitung der CDU in Köln hat erklärt, daß der CDU in der britischen Zone politische Verhandlungen mit der SPD über die Bildung eines deutschen Weststaates oder einer Westverfassung unbekannt sind.

Vor der Aufnahme der Dreierbesprechungen

Die Vereinigten Staaten rechnen mit einer Konferenz in Washington

WASHINGTON — Nach einer Meldung der Pariser Zeitung „Figaro“ hat Marshall in London allen amerikanischen Delegationsmitgliedern verboten in irgendeiner Weise über die möglichen Maßnahmen der Westmächte in Deutschland zu sprechen. Trotzdem meldet Reuter aus Washington, man nehme in offiziellen Kreisen an, daß nach dem Scheitern der Londoner Konferenz nun unverzüglich Besprechungen zwischen den drei Westmächten aufgenommen würden, um zunächst die Frage eines Zusammenschlusses der französischen Besatzungszone mit der Bizone zu prüfen. Darüberhinaus hält man den Abschluß eines Dreier-Paktes für möglich, der, etwa im Sinne des seinerzeitigen Vorschlags von Byrnes, die Abrüstung und Entnazifizierung Deutschlands sicherstellen soll. Südamerika meldet ergänzend, daß Frankreich, Großbritannien und die USA in Bälde zu einer vorläufigen grundsätzlichen Übereinstimmung über den Zusammenschluß ihrer drei Besatzungszonen kommen werden. Man verweist in diesen Kreisen auf die Äußerungen des französischen Außenministers Bidault, denen man entnimmt, daß Frankreich die Absicht hat, bedacht-sam vorzugehen, nachdem es seinen Standpunkt und die im Interesse seiner nationalen Sicherheit erforderlichen Garantien klar zum Ausdruck gebracht hat.

Frankreich dürfte dabei folgende Forderungen stellen: 1. Die Schaffung einer Trizone dürfe Frankreich keine zusätzlichen finanziellen Lasten auferlegen und ihm etwa einen Teil des in der angloamerikanischen Zone vorhandenen Defizits aufbürden.

2. Frankreich beanspruche in völlig paritätischer Weise an der Ruhrkontrolle teilzunehmen und 3. Frankreich betone, daß die Organisation der Trizone einen rein technischen, wirtschaftlichen Charakter haben müsse, und daß die Frage der Bildung einer westdeutschen Regierung zumindest verfrüht sei.

Amerikanische Kreise erklärten, daß die Initiative zur Einberufung einer Konferenz für die Schaffung einer Tri-Zone von Bidault oder der französischen Regierung ausgehen müsse. Die Vereinigten Staaten wünschten allerdings, daß diese Konferenz in Washington abgehalten wird, wo die britisch-amerikanischen Besprechungen über die Bizone bereits vorbereitendes Material geschaffen haben.

In diesem Zusammenhang erwartet Washington mit Spannung die Rundfunkrede, die Marshall wahrscheinlich heute Abend halten wird. Der Staatssekretär wird darin zweifellos die Gründe für das Scheitern der Londoner Konferenz sowie die Maßnahmen darlegen, die die Vereinigten Staaten zu ergreifen beabsichtigen, um die Konsequenzen dieses Scheiterns weitmöglichst zu mildern und um in Europa die seiner Ansicht nach unerläßlichen wirtschaftlichen Bedingungen für die Sicherung des Friedens zu schaffen.

Molotow in Berlin

LONDON — Molotow hat Dienstag früh vom Flugplatz Northolt aus England verlassen. Auf seinem Rückflug nach Moskau hat er in Berlin einen kurzen Aufenthalt genommen.

Bidault über den Zusammenschluß der Westzonen

Eine Erklärung des französischen Außenministers nach dem Scheitern der Konferenz

LONDON — Der französische Außenminister Bidault erklärte auf einer Pressekonferenz auf die Frage, ob ein Zusammenschluß der drei Westzonen Deutschlands nach dem Scheitern der Londoner Konferenz „obligatorisch“ sei, daß eine solche Lösung zwar nicht unmöglich erscheine, daß er aber an keine „obligatorische oder imperative“ Lösung glaube. Ein Beschluß zur Vereinigung der Westzonen sei bis jetzt noch nicht gefaßt worden. Auf die Frage der Journalisten, ob die drei Westmächte nunmehr versuchen müßten, zu einer Regelung der deutschen Fragen in bezug auf ihre Interessen zu kommen oder ob eine Regelung in der Schwebe bleiben müßte, bis ein Vierer-Übereinkommen möglich sei, antwortete der Minister, er sei nicht berechtigt, im Namen der drei Westmächte zu spre-

chen, doch bestehe seiner Meinung nach „der Wunsch, die Frage offen zu lassen, um alle möglichen Chancen für eine allgemeine Regelung auszunutzen zu können“. Der Friedensvertrag müsse auf einem Abkommen aller vier Großmächte basieren.

Bidault erklärte weiter, daß für eine neue Viererkonferenz weder Zeit noch Ort genannt worden wären, daß jedoch dank einer glücklichen Formulierung des Potsdamer Abkommens die Viererkonferenzen sozusagen eine Dauereinrichtung darstellten.

Eine Änderung in der Struktur der interalliierten Verwaltung von Berlin hielt Außenminister Bidault für absolut unmöglich.

Am Ende der Verhandlungen

Nach einem optimistischen Start und einigen hoffnungsvollen und dann wieder enttäuschenden Verhandlungswochen hat die Londoner Konferenz ein Ende gefunden, das ihr nüchterne Beobachter immer vorausgesagt haben. Der formale Anlaß des Abbruchs der Verhandlungen waren die gegensätzlichen Auffassungen in der Reparationsfrage. Der seidene Faden, an dem die Fortführung der Beratungen hing, nämlich die Hoffnung, es ließe sich über die sowjetische Forderung nach einer Erhöhung der deutschen Produktion auf 70 v. H. des Standes von 1938 und der damit verbundenen 10-prozentigen Reparationsentnahme aus der laufenden Produktion noch verhandeln, ist in der entscheidenden Montagssitzung gerissen. Marshall hat diesen Vorschlag „rund heraus gesagt“ als undiskutabel erklärt. Im Grunde war es jedoch weder allein die unachgiebige amerikanische und sowjetische Haltung in der Reparationsfrage, noch die in den letzten Sitzungen geübte ungewohnt scharfe Verhandlungssprache, die die Außenminister sich nicht einmal auf einen neuen Termin einigen ließ. Es war vielmehr die Tatsache, daß sich in London noch klarer und härter als in Moskau zeigte, daß fundamentale und miteinander unvereinbare Prinzipien zusammenstießen, die sich in der augenblicklichen Situation nicht vereinbaren ließen. Im „kalten Krieg“ zwischen dem Osten und Westen, war kein Kompromiß möglich, weil Nachgiebigkeit von Seiten eines der großen Antipoden entweder die Maßnahmen der Vereinten Staaten im Zuge des Marshall-Planes beeinträchtigt haben würde oder aber die Sowjet-Union gezwungen hätte, ihre Ziele in Ostdeutschland aufzugeben.

Sucht man in dem Londoner Fiasko nach Ergebnissen, so ist eben die unmißverständliche Haltung der beiden Weltmächte in der deutschen Frage das einzige Positivum. Niemand wird und kann sich jetzt noch Illusionen über eventuelle Mißverständnisse in der Auffassung der Probleme hingeben. Der Schleier der über der oftmals geheimnisvoll erscheinenden Verhandlungstaktik lag, ist zerrissen. Marshall und Molotow haben ihre Ziele fest begrenzt, die Gegensätze sind deutlich profiliert und jeder weiß, was er vom anderen zu halten hat. Das wird ohne Zweifel die zukünftigen Ereignisse in einem Ausmaße bestimmen, das dem deutschen Beobachter heute erst noch undeutlich bewußt ist. Alle Konsequenzen, die die vier Verhandlungspartner nun auf sich zu nehmen gezwungen sind, werden in der nächsten Zukunft bei uns ihre Auswirkungen zeigen. Deutschland ist trotz unendlicher Bemühungen in eine Lage geraten, die wohl weder die Vereinigten Staaten noch die Sowjet-Union in Jalta oder Potsdam vor Augen gehabt haben. In diesem Sinne darf man von der Liquidierung der seinerzeitigen Besprechungen der „Großen Drei“ sprechen. Die Verantwortung dafür zu suchen, ist für die kommende politische Entwicklung gesehen unwichtig und müßig. Sie kann für den Historiker von Interesse sein. Fest steht, daß am kritischen Tage der sowjetische Außenminister mit seiner unachgiebigen Forderung sich gegen die geschlossene Reihe der Westmächte stellte, die die russischen Angriffe scharf parierten und Molotow für das Scheitern der Konferenz verantwortlich machten. Ob die Russen dabei der Politik der Westmächte berechtigt oder unberechtigt hartnäckiges Mißtrauen entgegenbrachten, mag nicht entschieden werden. Die Fortführung ihrer auf allen Konferenzen geübten Taktik hat indessen genau das herbeigeführt, was zu verhindern sie immer als ihr Ziel vorgestellt hatten. Der Aufbau Westdeutschlands, der so lange verzögert wurde, wird nun von den Westmächten, die immer noch auf eine grundsätzliche Einigung hofften, ohne Rücksicht auf die internationale Lage durchgeführt werden. Daß dabei Frankreich, das ewigen Vermittlers müde, in das westliche Lager gewandert ist, stellt eine weitere Folgerung der russischen Haltung, insbesondere in der Saar- und Ruhrfrage, dar.

Trotz der geringen Hoffnungen, die man in die Londoner Konferenz gesetzt hatte, ist die Reaktion auf das Scheitern der Verhandlungen Bestürzung und aufrichtiges Bedauern. Die Bemerkung Bidaults, daß Frankreich sich dem amerikanischen Vorschlag zu einer Vertagung der Konferenz „nur mit tiefstem Bedauern und mit dem Wunsch anschließt, daß die Beziehungen unter den Völkern dadurch nicht verschlechtert würden“ drückt nicht nur die Gefühle des französischen, sondern auch die des deutschen Volkes aus. Dieser Wunsch kommt auch in der Meldung des Londoner Sonderberichterstatters der Pariser Zeitung „Combat“ zum Ausdruck, der meint, Stalin könne jetzt eine Geste machen. Zu tief ist überall das Gefühl verurzelt, daß der Friede der Welt auf die Dauer gesehen nur in der Zusammenarbeit der großen Mächte gesichert werden kann, als daß man sich der gewonnenen Klarheiten freuen könnte. Deutschland, das dieser Kon-

ferenz mit banger Erwartung entgegengesehen hat, muß heute diese Überzeugung in besonderem Maße hegen, denn es wird jetzt in verstärkter Weise das Feld der politischen Entwicklungen darstellen. Wie wenig es gegen eine solche Entscheidung mit eigener politischer Initiative wirksam sein konnte, hat — wie von allen Vernünftigen vorausgesehen — der im Sande verlaufene „Berliner Volkskongreß“ bewiesen.

Tatsächlich liegen unsere Aufgaben nicht in der Aufstellung einer ohne Mandat und Vertrauen ausgestatteten „nationalen Repräsentation“, sondern in der nüchternen Beurteilung der gegebenen politischen Bedingungen und dem unablässigen Bemühen, alle Kräfte für eine friedliche Entwicklung Europas einzusetzen. „Kein Land“, so sagte der bayerische Ministerpräsident Ehard zum Scheitern der

Konferenz, bedarf so dringend einer Klärung der Weltlage als das geschlagene, völlig zum Objekt der Politik herabgesunkene Deutschland. Kein Volk leidet unter den Gegensätzen, die diese Konferenz zum Scheitern brachte, so sehr wie das deutsche Volk. Und kein Volk hat ein so großes Interesse daran, daß man doch noch zu einer Einigung und ehrlichen Verständigung kommt. Diese Hoffnung mag durch das böse Weihnachtsgeschenk aus London in eine fernere Zukunft gerückt sein. Sie ist und bleibt aber der Leitstern für unsere Wünsche und Anstrengungen. Auch wenn die Erfüllung dieser Gedanken über die Entstehung eines durch die Elbe getrennten West- und Ostdeutschlands laufen sollte, die nun aus dem Bereich der politischen Spekulation in das Feld der wirtschaftlichen Auseinandersetzung tritt.

Das Echo auf den Mißerfolg

Deutschland

„Die Konsequenzen des Fehlschlages von London sind in ihrer ganzen Ausdehnung noch nicht zu übersehen“, stellt die in Hamburg erscheinende Zeitschrift „Die Welt“ fest. Der Berliner „Telegraph“ schreibt, die Außenminister der Westmächte wären sich nunmehr darüber klar, daß die Grenze der Kompromißbereitschaft erreicht sei. Es liege nun an der Sowjetunion, den ersten Schritt aus der verfahrenen Lage zu tun. Das Organ der SMA, die „Tägliche Rundschau“, schreibt unter der Überschrift „Marshall sprengt die Konferenz“, das Ende der Konferenz sei keineswegs überraschend, da die Delegationen der Westmächte planmäßig auf das Scheitern der Konferenz hingearbeitet und einen derartigen Ausgang von Anfang an ins Auge gefaßt hätten. Der Landesvorsitzende der bayerischen CSU, Dr. Josef Müller, äußerte sich über die entstandene Lage mit den Worten: „Hoffentlich wird durch die jetzt zwangsläufig erscheinende Entwicklung Hitler nicht schließlich doch zum Sieger über die Sieger.“

Frankreich

François-Poncet schreibt im „Figaro“, daß die in London vorgenommene Scheidung den Zweideutigkeiten ein Ende mache. Die Atmosphäre der Heuchelei sei nun Gott sei Dank beseitigt und man wisse jetzt, woran man sich zu halten habe. Frankreich habe vielleicht zu lange gezögert, seine Wahl zu treffen. Der Platz Frankreichs sei an der Seite des Westens. Für den „France-Soir“ wird aus London gemeldet, daß man in maßgebenden Kreisen mit der baldigen Einberufung einer Expertenkonferenz nach Washington rechne, die die Aufgabe haben werde, über ein engeres Zusammenarbeiten der USA, Großbritannien und Frankreichs in den deutschen Westzonen zu beraten. Der linksstehende „Franc-Tireur“ hält indessen einen Kompromiß immer noch für möglich. Die unabhängige Zeitung „L'Ordre de Paris“ behauptet, die britische und die amerikanische Regierung hätten sich bereits längere Zeit mit der Schaffung eines Westdeutschland abgefunden. „Aurore“ wendet sich gegen Kriegserklärungen und erklärt, daß weder Moskau noch Washington einen Krieg begännen würden. In Pariser Kreisen glaubt

man, daß im Falle einer Fusion der Westzonen diese sich auf eine wirtschaftliche Verschmelzung beschränken würde.

Großbritannien

Der britische ex-Außenminister Eden erklärte, man müsse nun, ohne weiteres Zögern das Problem eines engeren Zusammenschlusses der westeuropäischen Mächte prüfen. Die Londoner Presse bringt ihr Bedauern über das Scheitern der Londoner Besprechungen der Großen Vier zum Ausdruck. Während z. B. der „Manchester Guardian“ Molotow für die gespannte Atmosphäre in London verantwortlich macht, schiebt der kommunistische „Daily Worker“ Marshall die Schuld für das Scheitern der Konferenz zu.

Vereinigte Staaten

In Washington wird der ergebnislose Verlauf der Londoner Konferenz als Bestätigung dafür ausgelegt, daß die Grundsätze der USA und der UdSSR auf keinen gleichen Nenner zu bringen sind. Die augenblickliche Spannung dürfe jedoch nicht bis zu einem Punkt gesteigert werden, an dem sie für den Frieden gefährlich werden könnte. Für die „New York Times“ gibt es jetzt zwei Möglichkeiten: entweder müßten die Westmächte auf der Basis der Potsdamer Beschlüsse in der Hoffnung, daß die UdSSR wieder in den großen Kreis der Nationen zurückkehrt, weiterarbeiten, oder aber sie müßten gänzlich mit dem jetzigen System brechen und ein neues Programm verfolgen. Die Zeitung verlangt schließlich, der sowjetischen Expansion Einhalt zu gebieten, durch eine Beseitigung des „deutschen Vakuums“ die frühere Einheit Europas wiederherzustellen und Deutschland zu einem untrennbaren Bestandteil Europas zu erheben.

Sowjet-Union

Die sowjetische Nachrichtensagentur TASS macht in einem Kommuniqué die Westmächte, namentlich die USA, für den Londoner Mißerfolg verantwortlich. „Dank den vereinten Bemühungen der amerikanischen und britischen Delegation, denen sich später auch die französische Delegation anschloß, wurde die Vierer-Konferenz in London torpediert“, heißt es in einem sowjetischen Rundfunkkommentar.

Leben wir im Zeichen des Rückschritts?

Die Wissenschaft hat durch jüngste Funde festgestellt, daß es sich um eine völlig irrige Einbildung handelt, wenn wir glauben, im Zeichen des Fortschritts zu leben. Nach diesen Funden sind wir im Vergleich zu unseren Ahnen aus grauer Vorzeit sehr rückschrittlich, sinken immer mehr ab, und niemand weiß, wie weit diese Entwicklung ins Negative weitergeht. Die Vertreter der sogenannten Rückschrittstheorie sehen sehr schwarz und Georges Salet, Louis Lafont und andere sind überzeugt, daß die Urmenschen uns Kindern des 20. Jahrhunderts in vielen Beziehungen weit überlegen waren.

Wenn wir daraus Schlüsse ziehen wollen, müssen wir uns allerdings zuerst einmal, und das wird dem Laien nicht leicht, mit den Zeitaltern vor dem sogenannten Quartär beschäftigen, dem Mesozoikum, dem Paläozoikum und selbst mit dem Präkambrium, das hunderte Millionen Jahre zurückliegt. Die Rückschrittstheorie stützt sich auf die unbestreitbare Tatsache, daß sich selbst in den Erdschichten des Tertiärs noch keine Spuren menschlicher Grabstätten finden lassen, sondern erst in den Formationen des Alluviums, des Diluviums, des Pleistozäns. Die Annahme, daß es damals noch keine Menschen gab, wird als irrig erklärt. Der Schluß daraus ist, daß unsere allerersten Ur-ahnen eben ein noch längeres Leben, ein nach Jahrtausenden zählendes Leben hatten und daß sie erst durch ihre fortschreitende Entartung, durch die Vertreibung aus dem Paradies, die Unsterblichkeit allmählich verloren.

In einer Grotte in Charente wurde jüngst ein Urmensch aufgefunden, weit älter als der bekannte Heidelberg, ein früherer Urahne des Neandertalers und das ist das Entscheidende: der Homo Charentensis weist weder die fliehende Stirn noch den vorstehenden Unterkiefer auf, sondern alle typischen Merkmale des modernen Menschen. Dabei hat man in der Höhle in Charente noch andere erstaunliche Sachen entdeckt, die zu dem Schluß berechtigen, daß schon in jener grauen Vorzeit menschliche Intelligenz Dinge schuf, von denen sich unsere Schulweisheit bisher nichts träumen ließ. Über die Einzelheiten wird noch Stillschweigen bewahrt. Die Verfechter der Rückschrittstheorie sehen in dem Fund eine starke Stütze ihrer Theorie. Wir lassen der Wissenschaft das Wort, wir möchten hoffen, daß ihre Vertreter noch nicht soweit zurückentwickelt sind, daß es ihnen nicht mehr möglich wäre, Aufklärung zu schaffen. Dabei möchten wir es natürlich nicht ungenen, die Frage zu stellen, ob nicht etwa der Fund in Charente Anlaß zu irgendwelchen Verdachtsmomenten irgend einer Irrführung gibt.

Zwei Jahre Kurt Desch-Verlag

Buchstäblich aus dem Nichts hat der bekannte Münchener Verleger Kurt Desch vor nunmehr zwei Jahren seinen Verlag geschaffen, der inzwischen nahezu einhundert Buchveröffentlichungen herausgebracht hat. Von besonderer Bedeutung ist auch der Theaterverlag Deschs, in dem bisher 200 Stücke verlegt wurden.

Demonstrationen gegen „Die Mörder“

Am 1. 12. kam es bei der Aufführung des deutschen Nachkriegsfilms „Die Mörder sind unter uns“ in einem Lichtspieltheater in Jugenburg bei Graz zu einem Zwischenfall. Gegen Ende des Films, wo gezeigt wird, wie deutsche Soldaten Frauen und Kinder erschießen, wurde Pfui gerufen. Von einem Pfeifkonzert untermalte laute Zwischenrufe, wie „Das haben wir nicht gemacht“, „Weg mit dem Film“ waren heraus zu hören. Der Film wurde tags darauf vom Spielplan abgesetzt, doch wurde verfügt, daß er programmgemäß weitergeführt wird.

„Wilhelm Tell“ nicht für Schüler

Sechs vom Verlag „Volk und Wissen“, Berlin herausgegebene Bücher, darunter „Wilhelm Tell“ und „Stalins Reden“ wurden aufgrund eines amerikanischen Vetos im Erziehungsausschuß der Viermächte-Kommandantur trotz scharfen sowjetischen Protests für den Gebrauch in den Berliner Schulen nicht genehmigt. Der amerikanische Einspruch wände sich gegen die Fußnoten und Anweisungen, die der amerikanischen Auffassung zufolge, die

westliche Demokratie angreifen und den Inhalt der Werke entstellen.

„Um das nackte Leben“

Der italienische Schriftsteller Curzio Malaparte, der durch seinen Roman „Kaputt“ auch über Italien hinaus bekannt wurde, will in seinem kürzlich erschienenen Roman „Die Haut“ zeigen, daß in unserer Epoche „jeder zuerst darauf bedacht sein muß, die eigene Haut zu retten“.

Lohmeyer: „Erste Gedichte“

Dieser Tage erschien im Verlag Hans Bühler jun., Baden-Baden ein Bändchen „Erster Gedichte“ von Wolfgang Lohmeyer. Ihre Auswahl führt aus den zuverlässigen Sprachtraditionen Hölderlins und Rilkes zu einem neuen Ton, in dem das Hinter-, Unter- und Abgründige unserer gegenwärtigen Existenz in Europa mit einer vielversprechenden Eigentümlichkeit zum Klingen gebracht wird.

Vor 50 Jahren starb Alphonse Daudet

Alphonse Daudet, der am 16. Dezember 1897 nach jahrelangem, schweren Leiden im Alter von 57 Jahren starb, hinterließ ein umfangreiches Werk, in dem neben großen Romanen auch eine Reihe von Dramen ihn über Frankreich hinaus bekannt gemacht hatte. Die stark menschliche Art seiner Kunst die jedem Gegenstand noch eine intime, gemütvollte Seite abgewann, hat eine feste Brücke zwischen dem französischen Autor und dem deutschen Publikum geschlagen.

Otto Nuschke

Das Wetterleuchten der Krise, das zwischen Jakob Kaiser und den anwesenden sowjetischen Offizieren aufsprang und die lebhafteste Szene der Vorstandssitzung der CDU in der Ostzone am 12. Dezember erhellte, zeigte einen fast Unbekannten im Vordergrund: Otto Nuschke, bisher als Vorstandsmitglied der Ostzonen-CDU nur gelegentlich genannt. Zehn Tage vorher hatte der 63jährige schmählich mittelgroße Mann mit der randlosen Brille und den zurückgekämmten weichen grauen Haarsträhnen für Kaiser und gegen die Teilnahme am Volkskongreß gestimmt. Dann sah man ihn am 7. Dezember in der Lücke, die durch Kaisers Fernbleiben auf dem Volkskongreß entstand, erscheinen. Er wurde in sämtliche Ausschüsse gewählt. Dazwischen lag ein Besuch Nuschkes im Hauptquartier der sowjetischen Militärverwaltung in Karlshorst.

Der bewegliche Sachse findet das Gesetz des Handelns weniger in sich selbst als in den Umständen. So begründet er seine Rücktrittsaufforderung an Jakob Kaiser damit, daß dieser das Vertrauen der sowjetischen Militärverwaltung verloren habe. Durch die Familientradition — sein Vater war Druckereibesitzer — dem Druckgewerbe zugeführt, wechselte Nuschke schon früh zum Journalismus über. Im ersten Weltkrieg übernahm er die Chefredaktion der Berliner Volkszeitung, wurde 1918 als Demokrat in die Weimarer Nationalversammlung gewählt und war bis 1933 Mitglied des Preussischen Landtags. Doch trat er als aktiver Politiker kaum hervor. Er war weniger Gestalter als Kommentator des politischen Geschehens. Immerhin Grund genug dafür, daß der Nationalsozialismus ihm die journalistische Weiterarbeit untersagte. Zweimal stand er vor einem Sondergericht, allerdings ohne verurteilt zu werden. Mit Dr. Leber schmiedete er Zukunftspläne. Nach dem Kriege gehörte er zu den Mitbegründern der CDU in der Ostzone. Zurzeit Verlagsleiter von Beruf und oft im Hause des Berliner CDU-Organs „Neue Zeit“ zu sehen, repräsentiert er im CDU-Hauptvorstand weniger die Berliner CDU als die des rein sowjetisch verwalteten Hinterlandes. Denn er gehört sowohl dem Landtag des Landes Brandenburg wie dem Landtag von Sachsen-Anhalt an. „Külzling“ wurde er in den nicht-sowjetischen Sektoren Berlins neuerdings genannt. Er selbst dürfte sich für einen Realpolitiker halten, der Schwierigkeiten durch Kompromisse umgehen möchte.

Ein CDU-Verfassungsentwurf

MÜNCHEN — Zu der von der Arbeitsgemeinschaft CSU-CDU ausgearbeiteten künftigen Bundesverfassung Deutschlands (über die wir in unserer letzten Ausgabe berichtet haben D. Red.) meldet Südena noch folgende Einzelheiten: Der deutsche Bund soll aus möglichst gleichgroßen Staaten bestehen. Allein dem Bund soll das Recht zustehen, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, sowie Bündnis- und Staatsverträge, Zoll- und Handelsabkommen mit dem Ausland abzuschließen. Die Länder sind befugt, Verträge auf den Gebieten, die ihrer Regelung unterstehen, mit dem Ausland einzugehen. Eine konkurrierende Gesetzgebung soll auf dem Gebiet des bürgerlichen und des Strafrechts, des Handels-, Industrie- und Bergbaurechts, der Sozialisierung, des Maß- und Gewichtswesens, des Paßwesens, der Fremden-Polizei und des Belastungsausgleichs zwischen den Ländern gelten. Ein Bundesrat, der aus Vertretern der Landesregierungen besteht, soll neben dem auf demokratischer Grundlage in allgemeiner direkter Wahl gebildeten Bundestag fungieren.

Die Not der Studenten

FREIBURG — Einen kleinen aber erschütternden Einblick in die Not der Jugend gab ein Bericht des Universitätsprofessors Dr. Büchner vor dem Freiburger Stadtrat über die Lage seiner Medizinischen Fakultät in Freiburg haben es insofern besonders schwer, als sie täglich Wege von 10 bis 15 km machen müssen, um zu den verschiedenen, infolge der Zerstörungen an die Peripherie der Stadt verlagerten Instituten zu gelangen. Von 143 Studierenden, die Professor Büchner befragt hat, bekommen 52 kein warmes Frühstück; nur die Hälfte hat ein geheiztes Zimmer. Nur 70 Studenten haben ganze Schuhe. 34 wiegen unter 110 Pfund. Der Stadtrat konnte angesichts der allgemeinen Notlage nicht mehr tun, als sich auf Vorschlag des Oberbürgermeisters mit der Verteilung von 29 zur freien Verfügung vorhandenen Care-Paketen einverstanden zu erklären.

Freiburger Chirurgische Klinik in Betrieb

FREIBURG — Vor einer großen Anzahl von Gästen, unter denen sich auch der badische Staatspräsident Wobler befand, wurde die Chirurgische Universitätsklinik nach ihrer Wiederherstellung ihrer Bestimmung übergeben.

Streit um Goethes Geburtshaus

Die Auseinandersetzung über den Beschluß des Frankfurter Magistrats, Goethes Geburtshaus am Hirschgraben wieder „naturgetreu“ aufzubauen und zum 28. August 1949, dem 200. Geburtstag Goethes, wieder herzustellen, ist bis heute noch nicht abgeschlossen. Neben Dichtern wie Hermann Hesse, Ernst Wiechert, Ricarda Huch und Ins Seidel wandten sich auch führende Architekten gegen den Plan, eine Attrappe zu errichten.

Hollywood verpflichtet Söhnker u. Knel

Als erste deutsche Filmschauspieler nach dem Krieg sind Hans Söhnker und Hildegard Knef für eine Reihe von Filmen nach Hollywood verpflichtet worden.

Kölner Studio unter René Deltgen

Das Kölner Studio, das unter Hans Schalla, dem gegenwärtigen Düsseldorfer Schauspielregisseur bei Gründungs, zu der bedeutenden avantgardistischen Bühne Westdeutschlands geworden war, ist jetzt unter René Deltgen zum illusionistischen Realismus zurückgekehrt. Die gewohnten Mittel Kostüm und Maske setzt Deltgen in seiner jüngsten Inszenierung von Tolstois „Macht der Finsternis“ wieder ein.

Willi Birgel in „Des Teufels General“

Das Schauspiel des Nationaltheaters bereitet für Anfang 1948 „Des Teufels General“ von Carl Zuckmayer mit Willi Birgel in der Hauptrolle vor.

KULTURSPIEGEL

N. M. Butler gestorben

In New York starb im Alter von 65 Jahren Dr. Nicholas Murray Butler, einer der bedeutendsten Köpfe im wissenschaftlichen Leben der USA. Seine Forschungsgebiete waren Philosophie und Erziehungswissenschaft. Die angesehene Columbia-Universität, die er von 1901—1945 leitete, machte er zu einer der führenden wissenschaftlichen Zentren der Welt. Im Jahre 1931 erhielt B. den Friedensnobelpreis.

Universitätsleben

Sechs besonders ausgewählte Studenten der Universität Münster werden im Frühjahr 1948 in England an der Universität Sheffield im Austauschverfahren studieren. — Der neu gewählte Direktor der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz, Prof. Dr. Augustin Reatz, übernahm am 11. Dezember sein Amt. — Prof. Dr. Oehlkers, der Direktor des Botanischen Instituts der Universität in Freiburg i. Br. wurde am 21. November 1947 zum korrespondierenden Mitglied der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klassen der Akademie der Wissenschaft in Göttingen gewählt.

Weltkirchenrat stillt deutsche Notkirche

Eine Notkirche für die Stadt Kassel hat der Weltkirchenrat in Genf gestiftet, wie aus einer an die evangelische Landeskirche Kur-Hessen, Waldeck, gerichteten Mitteilung hervorgeht.

Baden-Baden

Das neue Geld

Eine weitere, vielleicht auch die erste, Sackgasse im südbadischen Wirtschaftsleben ist glücklich überwunden. Wir haben wieder genügend Kleingeld. Vor Wochen schon angekündigt und auf Bildern gezeigt, ist es dieser Tage nun herausgegeben worden und überschwemmt bereits sämtliche Kassen. Im Land Baden ist neues Geld in Umlauf, richtiggehend im Umlauf, denn niemand will es behalten. 100 000 Geldscheine zu 50, 300 000 zu 10 und 100 000 zu 5 Pfennigen sind von Waldkirch aus über Freiburg in Marsch gesetzt worden. Die bunten Papierchen werden noch recht stiefmütterlich behandelt, so wie damals die ersten Banknoten mit dem Hakenkreuz-Aufdruck. Die farbigen Scheine riechen ein wenig nach Bankrott, ohne jedoch denselben zu bedeuten. Der Aufdruck „Gültig bis zum Aufruf durch die Bad. Staatsschuldenverwaltung“ macht auch einen mehr staatlichen als staatlichen Eindruck. Aber für den Hausgebrauch ist das Papier-Kleingeld gut genug. In Karlsruhe besitzt es ohnehin nur Sammlerwert.

Intime Musizieren und Massensuggestion

Im Kleinen Theater stellte sich das französische Hewitt-Quartett vor, dessen Ruf in keinem Verhältnis zu seiner Leistung stand. Die Kammermusik-Vereinigung, die oft mit den namhaften Streichquartetten von weltstädtischem Format verglichen worden ist, erwies sich als ein stark überschätztes Ensemble. Die Wiedergabe des Programms, das Quartett von Mozart (K. V. 465) und Beethoven (opus 59 Nr. 1) sowie das mit Anne Capet gespielte F-moll-Quintett von César Franck enthielt, war weder technisch makellos noch künstlerisch überzeugend, vor allem wegen der überaus persönlichen Auffassung vom Aufführungsstil der vorgetragenen Werke. Das Publikum folgte den Darbietungen mit wachsendem Interesse und spendete den Künstlern viel Applaus.

Unter Mitwirkung des Pianisten Franz Sembeck gab Wilhelm Strienz einen Lieder- und Artenabend, der mit Beifallsstürmen, Blumen und Zugaben endete. Der ungeheure Erfolg des Bassisten war das Ergebnis seiner Gesangsmanier, die ganz nach dem Geschmack der breiten Masse ist: übersteigertes Pathos, rührselige Sentimentalität, theatralische Gebärden, donnernde Stimme in einem mit heftigen Nummern durchsetzten Programm. Wer die für solche Veranstaltungen üblichen künstlerischen Ansprüche erhob, war enttäuscht von dem glanzlosen, ungeschulten Organ, das mit der Höhe große Mühe hat, und entsetzt über die schlampige, gewöhnliche Vortragungsweise mit der Pose eines talentlosen Schallplatten-Sängeris.

Thermalkuranstalten während der Feiertage

Die Bäder- und Kurverwaltung macht darauf aufmerksam, daß die Badeanstalten am 24. Dezember bis 12.30 Uhr geöffnet sind. Am 25., 26., 27. und 28. Dezember bleibt das Augustabad geschlossen. Der Darmstädter Hof und das Bad im Baldreit sind am 25. und 26. Dezember geschlossen. Am Samstag, dem 27. 12., sind diese beiden Bäder geöffnet. Am Mittwoch, den 31. 12., werden alle Badeanstalten um 12.30 Uhr geschlossen und werden am 2. Januar wieder geöffnet.

Wiedergutmachungsgesetz in Belgien in Kraft
BADEN-BADEN — Die Militärregierung teilt mit: Das belgische Konsulat in Mainz bittet um Bekanntheit, daß das belgische Gesetz vom 1. Oktober 1947 über die Wiedergutmachung von Kriegsschäden an Privatigentum am 10. November 1947 in Kraft getreten ist.

Kriegsschäden, deren Wiedergutmachung beantragt werden soll, müssen bis spätestens 10. Februar 1948 oder — wenn der Schadenfall nach dem 10. November 1947 eingetreten ist — innerhalb einer Frist von 3 Monaten nach seinem Eintreten angemeldet werden, widrigenfalls Rechtsausschluß eintritt.

Unter den durch das fragliche Gesetz festgelegten Bedingungen ist mit einer staatlichen Finanzhilfe grundsätzlich nur bei direkten, materiellen und nachweisbaren Schäden zu rechnen, die auf belgischem Gebiet durch Kriegshandlungen nach dem 27. August 1939 an persönlichen Eigentümern natürlicher oder juristischer Personen belgischer Staatsangehörigkeit verursacht wurden.

Es wird darauf hingewiesen, daß ausländische Staatsangehörige, die in Belgien von Kriegsschäden betroffen wurden, nicht unter die Nutznießer des Gesetzes fallen, wenn nicht zwischen dem Herkunftsland des Geschädigten und der belgischen Regierung ein entsprechendes Abkommen besteht.

Weitere 100 kg Kalkammonsalpeter für Brotgetreide wurden vom Düngerbüro für Südbaden aufgeteilt. Die Verteilung erfolgt auf Grund der neuen Bestellscheine und den dazu gehörigen Düngermarken.

FELIX TIMMERMANS

Bauernpsalm

Roman

Aus dem Flämischen übertragen von Peter Mertens

39. Fortsetzung

„Aber ich habe für dich gedacht, Knoll. Willst du das nicht verstehen? Ich habe das fein eingefädelt. Sie hat sich in dich verliebt, weil ich ihr erzählt habe, daß du sie gern haben möchtest!“

„Na so was, ihr seid mir der Richtige“, rief ich. „Ihr habt die Frau schwer belogen! Ihr habt hinter meinen Rücken...“

„Der Kinder wegen! Um andern Leuten Gutes zu tun, darf man lügen, Knoll! Haha! Findest du nicht, daß ich ein guter Kuppler bin?“

„Ihr bekommt den ersten Preis, wo es gilt, eines Menschen Leben völlig über den Haufen zu werfen! Das nenne ich eine tollen Streich, mir so einfach eine Frau auf den Hals zu jagen, die ich als mein Weib über die Schwelle meines Hauses tragen soll...“

„Du trägst gar nichts in dein Haus. Oder denkst du vielleicht, daß sie hier in dieser Hütte wohnen wird? Ach was, Unsinn! Wenn ich etwas mache, dann mache ich es nicht halb, du wirst natürlich bei ihr wohnen, du verkaufst deinen ganzen Krepel und ziehst mit deinen Kindern in ihr schönes neues Haus!“

„Mit den Kindern?“

Natürlich! Du siehst, nicht wahr, mein lieber Knoll, daß ich das alles gut eingefädelt habe!“

„Aber wie soll ich dann mein Feld bearbeiten,

Die Straßenbahn vor neuen Möglichkeiten

Neue Omnibusse sollen Erleichterung bringen — 10-Minutenverkehr geplant

Die Schwierigkeiten, mit denen die Straßenbahn in Baden-Baden zu kämpfen hat, sind trotz redlicher Bemühungen der Stadtwerke und des Personals nicht beseitigt worden. Nach dem Verbot des Trittbrettfahrens glaubte man dadurch einem reibungsloseren Verkehr dienen zu können, indem man den hinteren Wagenzugang lediglich für das Einsteigen und den vorderen für das Aussteigen reservierte. Inzwischen hat die Praxis gezeigt, daß dieser gutgemeinte Vorschlag bei dem starken Verkehr nicht durchführbar ist, und die Stadtwerke akzeptieren diese Erkenntnis mit der halbamtlichen Feststellung, daß es in Zukunft wieder gestattet ist, dort einzusteigen, wo gerade die beste Gelegenheit gegeben ist. Die an den Wagen angebrachten Schilder, die jeden Passagier eindringlich ermahnten, vorn auszusteigen und hinten einzusteigen, sind schon vor einigen Tagen entfernt worden.

Ein anderes Problem ist das des Trittbrettfahrens. Es ist noch gar nicht allzu lange her, als in diesem Punkt das Straßenbahnpersonal mit rücksichtsloser, aber verständlicher Strenge verfuhr. Im Laufe der Zeit hat sich die Regelung aber etwas gelockert, und es geschieht nicht selten, daß die Badener Tram wie „einst“ vollbeladen durch die Straßen schaukelt, mit Trittbrettern, die bis auf den letzten Platz besetzt sind. In den Stadtwerken wurde uns nun auf eine Anfrage mitgeteilt, daß das Personal weiterhin entschiedene Anweisung hat, dem Trittbrettfahren entgegenzutreten und der Wagenführer für alle hieraus entstehenden Unfälle verantwortlich ist. Da aber die Wagen oft (nicht immer!) beim besten Willen nicht alle an den Haltestellen Wartenden aufnehmen können, hieße das nichts anderes, als daß täglich soundsovielen ihren Weg ins Büro oder zur Fabrik zu Fuß gehen müßten.

In Erkenntnis dieser verkehrstechnischen Notlage haben die Stadtwerke nichts unversucht gelassen, einen Ausweg zu finden. Die Bemühungen sind inzwischen soweit gediehen, daß vielleicht noch im Laufe dieses Monats gewisse Erleichterungen eintreten. In den nächsten Wochen sollen den Stadtwerken zwei neue Omnibusse zur Verfügung gestellt werden, mit deren Hilfe ein regelmäßiger Verkehr zwischen Baden-Oos und Klosterplatz geplant ist. Es soll dann ein 10-Minutenverkehr eingerichtet werden, wobei abwechselnd eine Straßenbahn und ein Omnibus fahren. Damit könnte auf der Hauptlinie der Baden-Badener Straßenbahn das Mittel gefunden sein, das allen Schwierigkeiten radikal zu Leibe geht.

Eine Vorstellung von den Schwierigkeiten, denen die Straßenbahn täglich gegenübersteht, kann man sich vielleicht machen, wenn man erfährt, daß von den 35 Straßenbahnwagen in Baden-Baden zur Zeit 15 nicht einsatzfähig sind, während von den fünf

Omnibussen im Augenblick nur drei im Verkehr liegen, die in bestimmten Fällen auch noch für Ausfälle von Straßenbahnen einspringen müssen, so daß sich mit diesen drei Omnibussen allein kein regelmäßiger Verkehr durchführen läßt. Von den 20 fahrbereiten Wagen der Straßenbahn ist aber nur die Hälfte für den Winterverkehr geeignet. Dazu kommt noch ein umfangreicher Mangel an Personal, besonders an gut ausgebildetem Personal. Und das alles bei einem gegenüber den Vorkriegsjahren stark angewachsenen Verkehr! Vor dem Kriege wurden z. B. in Baden-Baden jährlich etwa 2,5 Millionen Menschen mit der Straßenbahn befördert, jetzt sind es rund 15 Millionen!

Die von den Stadtwerken angedeuteten Möglichkeiten, den Wagenpark vergrößern zu können, lassen hoffen, daß in Zukunft wenigstens ein Teil des dringenden Verkehrsproblems zufriedenstellend gelöst wird.

Idyll zwischen 16.30 und 19 Uhr



Das nebenstehende Etwas ist die naturgetreue Wiedergabe eines Familienidylls in der Zeit des Stromentnahmeverbotes. Mit etwas Phantasie kann man in der linken Ecke des „Bildes“ den Herd sehen, um den die fünfköpfige Familie sich geschart hat. Angedeutete helle Stellen zeigen das Glimmen des noch zu feuchten Brennholzes an. Kaum zu erkennen ist allerdings die schüttern brennende „Haus-Dreherburg“ aus Eigenbau, die sich der Vater (als Person selbst durch die Dunkelheit nicht auf dem „Bilde“ festzustellen) in der Hoffnung auf die gewiß noch rechtzeitig erfolgende Weihnachtsbesonderzuteilung gedreht hat. Mit noch mehr Phantasie wird man auch den eineinhalbjährigen Filius gewahr, der auf Mutters Schoß sitzt, eingepennet ist, so gerne sein Abendbrot essen würde und eigentlich schon ins Bett gemüht hätte. Die etwas ältere Tochter freut sich über die durch das Stromentnahmeverbot erzwungene verlängerte Aufbleibe-erlaubnis. Die Mutter ist ein wenig betrübt, daß ihr die Dunkelkammer-Koch-Kunst-Versuche mißlingen und sie ihre fortschrittlichen Bemühungen, auch an den Stromentnahme-Verbotstagen den

Zucker für Dezember und Weihnachten

Die Ausgabe der Zuckerrationen November, die neben den Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahren und den Zulagen für Schwerarbeiter und Mütter nach viermonatiger Unterbrechung wiederum die Belieferung der Personen über 18 Jahren mit einer Zuteilung von 450 g vorsehen, erfolgte in allem Kreisen Anfang des Monats Dezember. Die Verzögerung der Ausgabe ist auf Transportschwierigkeiten zurückzuführen.

Noch vor Weihnachten gelangen, wie das Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung mitteilt, die normalen Zuckerrationen für Dezember in derselben Höhe wie für November an alle Personen und alle Altersgruppen sowie Zulagenempfänger zur Verteilung. Die rechtzeitige Bereitstellung war nur mit Unterstützung der Militärregierung durch Einsatz von Lastkraftwagen möglich.

Außer der normalen Zuteilung Dezember wird jede Person in Durchführung einer Weihnachtsbesonderzuteilung mit 250 g Zucker beliefert, deren Ausgabe jedoch aus transportlichen Gründen wahrscheinlich erst nach den Weihnachtsfeiertagen möglich sein wird.

Weihnachtsspende für die Kleinkinder

Das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Deutschlands spendet, wie das Ernährungsamt mitteilt, zum Weihnachtsfest aus Mitteln der Protestantischen Kirchen Amerikas für die Kleinkinder Baden-Badens von 0-3 Jahren je 500 g Nahrungsmittel.

Zur Sicherstellung einer gerechten Verteilung wird die Ware über die Filialen des Gemeinschaftswerkes gegen den Abschnitt 30 des Beiblattes Sgl. — K 1 des Haushaltsausweises ausgegeben.

Am 27. Dezember keine Dienststunden

Im Interesse der Einsparung von Heizmaterial hat die Landesregierung angeordnet, daß Samstag, der 27. Dezember 1947, für die staatlichen und kommunalen Behörden dienstfrei ist. Für dringende Fälle ist an diesem Tage ein Bereitschaftsdienst eingerichtet, soweit ein Bedürfnis hierfür besteht.

Vorläufige Sperrzeiten des Päckchen- und Postpaketversandes

In Anbetracht der starken Inanspruchnahme der Postämter in der Weihnachtszeit und zum Jahreswechsel, ist der Paket- und Päckchenverkehr in der Zeit vom 18. bis 24. 12. gesperrt. Diese Maßnahme soll die Ausgabe der bei den Postämtern lagernden Pakete nach vor Weihnachten ermöglichen. Sie gilt für den Paketverkehr innerhalb der Zonen sowie zwischen den einzelnen Besatzungszonen.

Tagesgeschehen — kurz berichtet

Zur Abzugsfähigkeit der Kirchensteuer bei der Lohnsteuer schreibt das Bad. Ministerium der Finanzen: Die Kirchensteuer, die von öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften erhoben wird, kann mit Rückwirkung vom 1. 1. 1947 ab bei der Einkommensteuer (Lohnsteuer) voll als Sonderausgabe abgezogen werden. Um diese Rückwirkung auf das Kalenderjahr 1947 zu erreichen, können Arbeitnehmer, die nicht zur Einkommensteuer 1947 veranlagt werden, die im Kalenderjahr 1947 entrichtete Kirchensteuer neben der für das Kalenderjahr 1948 zu entrichtenden Kirchensteuer anlässlich der Antragstellung wegen Anerkennung erhöhter Werbungskosten und Sonderausgaben für 1948 beim Finanzamt geltend machen. Voraussetzung für einen solchen Antrag ist, daß die gesamten Werbungskosten und Sonderausgaben im Monat 39 Mark übersteigen.

Die Vorstellungen im Kleinen Theater vor den Festtagen sind: Sonnabend, Sonntag und Dienstag jeweils 15.00 Uhr „Stefan mit der langen Nase“, ein Weihnachtsmärchen von Willi Gröb. Der Sonntag bringt um 20.00 Uhr die 4. Wiederholung von Shaw's Komödie „Helden“. Die Intendanz macht nochmals darauf aufmerksam, daß ab sofort die Theatergeschenkkarten für Weihnachten an den Kassen im Kurhaus und Kleinen Theater zum Verkauf bereit liegen.

Ein Festspiel: „Weihnachtsträume für Alt und Jung“, veranstaltet durch die be-

liebte Kindergruppe der Frau Grimm-Reiter, findet am Sonnabend um 18 Uhr in der Aula des Gymnasiums statt. Der Erlös ist für die charitativen Aufgaben des Bad. Roten Kreuzes bestimmt. Eintrittskarten im Vorverkauf im Hause des Badischen Roten Kreuzes, Lichtentalerstr. 64 und am Sonnabendsnachmittag am Eingang der Aula des Gymnasiums.

Die C. Lorenz A.-G., Berlin hat in Baden-Baden ein Zweigunternehmen eingerichtet, das den Vertrieb der Erzeugnisse der Signalbauanstalt und der nachrichten-technischen Herstellung übernehmen wird.

Die Einzelhandelsgeschäfte haben Montag, den 22. Dezember bis 16.30 Uhr, und Mittwoch, 24. Dezember, bis 15 Uhr geöffnet.

Den Nacht- und Sonntagsdienst der Apotheken versieht vom 20. bis 27. Dezember die Hof-Apotheke Dr. Rößler, Sofienstraße.

Die Meldekarten zum Arbeitseinsatz muß jede im meldepflichtigen Alter (Männer von 14 bis 65 Jahren und Frauen von 15 bis 50 Jahren) stehende Person immer bei sich führen. Nichtbeachtung dieser Vorschrift kann unliebsame Folgen nach sich ziehen.

Ihren 80. Geburtstag feiert am kommenden Samstag Frau Elisabeth Krieg geb. Klein, Ooser Luisenstraße.

wenn ich keinen Stall mehr habe, kein Vieh, kein...“

„Dein Feld? Das läßt du liegen, wo es liegt. Das kannst du Mon überlassen, er braucht sich dann nach keiner Wohnung umzusehen. Du wirst jetzt ein Herrenbauer. Das Grundstück um Angelikas Haus ist groß genug, um dich zu beschäftigen. Es sind dreißig Ruten, glaube ich...“

„Die habe ich an einem Tage umgegraben!“

„Dann machst du es eben in einer Woche oder in zwei. Du wirst jetzt zusehen, wie andere arbeiten! Du bist ein wirklicher Glückspilz! Die dritte Frau und dazu ein Herrenleben! Jeden Tag ein feines Essen, eine Flasche Bier auf den Tisch, lange schlafen, spazieren gehen, Blumen pflanzen, die Zeitung lesen am Herd! Jetzt kann es Stein und Bein frieren, du bist geschützt. Vorbei ist es mit Gräbeln und Sorgen, ob es regnen wird oder nicht, vorbei mit der Angst vor Schnecken, Raupen und Maulwürfen. Vorbei mit jeder Besorgnis, ob die Kinder zur rechten Zeit zu essen und ein reines Hemd haben werden! Du wirst ein feiner Mann, die Leute werden vor dir den Hut abnehmen und sagen: „Guten Tag, Herr Knoll!“ Der Pfarrer zog vor mir den Hut, klopfte mir auf die Schulter und begann von neuem: „Jetzt mußt du doch zugeben, mein lieber Knoll, daß ich dein bester Freund bin! Die Leute werden dich beneiden...“

Er redete wie ein Buch. Ich war ganz verwirrt. Was ist denn nur an mir, daß die Frauen mich so gern mögen? Ich habe mich selbst immer für eine Vogelscheuche gehalten. Diese Angelika muß schon wirklich mannstoll sein, daß sie mich, einen Bauern mit vier Kindern, nehmen will! Mir geht das nicht in den Kopf. Keine Ehe aus Liebe, eine Ehe aus Freundschaft. Aber immerhin müßte ich mit dieser mageren Person in einem Bett schlafen. Und mein Haus verlassen! Es ist zwar nur eine armselige Hütte, aber ich habe unter ihrem Dach immerhin

mein Leben gelebt, zwischen ihren Wänden mich bei allem Leid und Sorge glücklich gefühlt. In einem anderen Hause werde ich krank und welk wie eine Pflanze, die man aus dem Freien in ein Gewächshaus bringt. Ich soll auch mein Vieh und mein Feld verlassen! Aber auf der anderen Seite wäre ich dann mit einem Schlag so weit, daß ich mit den Herrschaften vom Schloß nichts mehr zu tun hätte. Das alte Fräulein ist nun im Himmel, wenigstens wenn ihr die vielen Seelenmessen hingeholfen haben. Jetzt ist Coco dort am Ruder, dieser Prahlfahrer, der mir zeigen wollte, wie man Sellerie pflanzen muß, und der selber nicht einmal Salat von Spinat unterscheiden kann. Um davon loszukommen, könnte man wahrhaftig des Teufels Großmutter heiraten. Mein Feld verlassen, mein Feld, das ich so gut und weich und gefügig gemacht habe, das mich kennt... mit dem ich mich unterhalten kann... Aber einmal gründlich ausruhen können, ein reichliches Taschengeld auf dem Leibe, eine Flasche vom Besten im Schrank zu haben und vor allem die Gewißheit, daß die Kinder versorgt sind und keine Not kennen werden... ach, warum muß diese Frau nun gerade Angelika sein, dieses magere Gestell!

„Du bist wirklich ein Glückspilz und machst nicht einmal ein freundliches Gesicht“, sagte der Pfarrer.

„Es ist zuviel auf einmal, Herr Pfarrer. Warum habt ihr mir das alles nicht nach und nach erzählt?“

„Jede Stunde einen Löffel. Du bist doch kein kleines Kind mehr, Knoll!“

„Und was soll ich nun tun?“

„In Liebessdingen kann ich dir keinen Unterricht geben. Aber sie wird bald kommen, um Milch zu holen, vielleicht schon morgen. Dann sprichst du vom Wetter, du gibst ihr ein paar Blumen, darüber freuen die Frauen sich immer, und ein Wort gibt

das andere. Du brauchst nicht gleich mit der Tür ins Haus zu fallen, kannst die Sache von Tag zu Tag ein wenig weiterbringen...“

„Und was soll ich sagen?“

„Aber mein lieber Knoll! Wie kannst du dich nur so dumm anstellen! Was hast du denn zu Fine oder Frisine gesagt?“

„Nicht viel, Herr Pfarrer, was das Gespräch mit sich brachte, aber das kam aus dem Herzen...“

„Dann wird es auch diesmal aus dem Herzen kommen. Erst müßt ihr einander ein wenig kennen lernen. Siehst du, Knoll, das Leben ist kein Spaß, aber dir lacht es zu Stell dich nun nicht dumm an, Spiele nicht mit deinem Glück. Ich habe dich gewarnt, und sei du nun ein Mann!“

Ich blickte ihm nach. Mir war, als ob ich träumte... Eine dritte Frau, Angelika! Und ich wurde nicht einmal gefragt, ob es mir recht wäre! Ja, eine Frau gehörte schon ins Haus. Es war bei uns nicht alles, wie es sein sollte. Am Sonnabend kam unsere Irma zum Reinemachen. Sie und auch die andere betreten wieder das Haus. Wohl hatte ich mir vorgenommen, nachdem sie Frisine so ungerecht behandelt hatten, dem ersten, der den Fuß über meine Schwelle zu setzen wagte, den Schädel einzuschlagen, aber wenn man sich dann wieder Vater nennen hört, fällt die Wut in sich zusammen. Eine Frau brauchen wir. Niemand bot sich an, uns den Haushalt zu führen, ich selbst wagte nicht daran zu denken. Eine Magd wollte ich nicht nehmen, weil ich mich zu gut kannte. Ich schlug mich mit harter Arbeit durchs Leben und blieb arm wie eine Kirchenmaus. Die letzten fünf Jahre waren wirklich nicht leicht, sie waren wie ein schwerer Traum. Nur eins weiß ich, ich habe Freude gehabt an meinem Acker. Und jetzt steht plötzlich Angelika auf meinem Weg. Nun soll ich mit einem Mal kein Bauer mehr sein, soll mein Feld verlassen!

(Fortsetzung folgt)

